



Köln, 11.03.2011 - Pressemitteilung

Website [www.deinefreunde.org](http://www.deinefreunde.org)

E-Mail [presse@deinefreunde.org](mailto:presse@deinefreunde.org)

Twitter [http://twitter.com/deine\\_freunde](http://twitter.com/deine_freunde)

Für weitere Informationen und Interviews stehen die folgenden Mitglieder von **DEINE FREUNDE** gerne zur Verfügung.

Matthias Schmidt **Vorsitzender**  
[matthias\\_schmidt@deinefreunde.org](mailto:matthias_schmidt@deinefreunde.org)

Thor Zimmermann **Mitglied des Rates**  
[thor.zimmermann@deinefreunde.org](mailto:thor.zimmermann@deinefreunde.org)  
0171-5363859

Andreas Lemke **Pressebetreuung**  
[presse@deinefreunde.org](mailto:presse@deinefreunde.org)

## GODORFER HAFEN UND BÜRGERBEFRAGUNG

Am 1. März 2011 beschloss der Rat auch mit der Stimme von **DEINE FREUNDE** eine Bürgerbefragung zum Thema Hafenausbau in Godorf durchzuführen. Während große Teile der Ausbaueegner mit dem Beschluss alles andere als zufrieden sind, weiß vermutlich eine Mehrheit der KölnerInnen gar nicht um was es geht. "Hafenausbau verhindern! Sürther Aue retten!" wäre eine einfache, naheliegende Antwort - doch wie so oft, je tiefer man in das Thema einsteigt, um so komplexer wird es.

Wir wollen hier versuchen (!) in eigenen Worten und nach bestem Wissen und Gewissen zu skizzieren, um was es geht.

**Der Godorfer Hafen** liegt tief im Kölner Süden und wird von der HGK betrieben. Die HGK beschreibt sich selbst so: "Die Häfen- und Güterverkehr Köln AG (HGK) ist eine Tochtergesellschaft unter dem Dach des Stadtwerke-Konzerns Köln. Mit vier Frachtumschlaghäfen ist die HGK der zweitgrößte Binnenhafenbetreiber Deutschlands ...". - In bislang drei Hafenbecken werden vor allem Schütt- und Flüssiggüter verladen, zum Beispiel Mineralöl für die benachbarte chemische Industrie.

Die HGK fordert bereits seit Jahren ein viertes Hafenbecken, und dies ist eigentlich auch schon beschlossene Sache. Erst am 2. September 2009 verhängte das Verwaltungsgericht Köln aus formalen Gründen einen vorläufigen Baustopp. Ein endgültiges Urteil steht in diesen Tagen an. Sollte der Baustopp endgültig sein, könnten Ausbaubefürworter mit einem neuen Planfeststellungsverfahren dennoch weiter versuchen, den Ausbau zu realisieren.

**Die Sürther Aue** - Das vierte Hafenbecken soll in den Sürther Auen entstehen, diese stehen allerdings nun auch offiziell unter Naturschutz. Die Fläche, um die es geht (rund 700m x 270m), entstand kurioserweise durch einen früheren Hafenausbau erst Anfang der 60er-Jahre. Heute sind die Auen nicht nur Naherholungsgebiet, sondern auch Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen. Um den Erhalt der Sürther Auen kämpft, neben anderen, die Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen - ein Zusammenschluss verschiedener Initiativen, vom BUND bis hin zur Dorfgemeinschaft Sürth e.V..

**Der Konflikt** - Plakativ dargestellt geht es ganz klassisch um wirtschaftliche Interessen im Kontrast zur Bewahrung geschützter Natur. Doch wie sieht es mit den wirtschaftlichen Interessen aus? Der Ausbau kostet rund 60 Millionen Euro, letztlich Steuergelder. Und ist er wirklich notwendig? Wird wirklich neue Fläche benötigt? Und falls ja, muss man sie in einer Aue schaffen, oder kann man nicht andere Flächen, etwa im Niehler Hafen intensiver nutzen? - Umweltschützer werden hingegen gefragt, wie es um ihr Bekenntnis zur Schifffahrt steht? Wenn Güter von der Straße geholt werden sollen, brauchen auch die Häfen auf Dauer mehr Platz.

**Hinter den Kulissen** - Das diese Frage nicht allein aufgrund Umwelt- oder Wirtschaftsinteressen entschieden wird, zeigen auch eigenartige Verwerfungen im politischen Spektrum Kölns: Das die Grünen sich für den Erhalt der Auen einsetzen ist klar, die SPD hingegen dreht ebenfalls nachvollziehbar die wieder ausgekramte Leier "Köln=Hafen=Wirtschaft=Arbeit" - doch warum ist ausgerechnet die FDP dagegen? Und Teile der CDU? Hahnwald und Rodenkirchen liegen nicht weit entfernt! Die dortigen AnwohnerInnen (CDU/FDP-Hochburg) befürchten zu recht nicht nur die Zerstörung "ihres" Naherholungsgebietes - es geht auch um Verkehr. Viele Güter, die im Hafen umgeschlagen werden, werden durch LKW gebracht beziehungsweise abgeholt. Nicht gut für die Villenpreise im Hahnwald ... Doch die FDP biedert sich nicht zu stark an die Umweltschützer an, sie bleibt "kernkompetent" und zweifelt an der Wirtschaftlichkeit der Ausbaupläne.

**Andere Häfen** - Doch der Godorfer Hafen ist nicht Kölns einziger Hafen, und so werden in der Diskussion gerne Güter und Kapazitäten auch von einem Hafen in den anderen verschoben, je nachdem, auf welcher Seite man steht. Sollte wirklich mehr Bedarf an Fläche bestehen, die Auen aber nicht zerstört werden, kommt schnell der Niehler Hafen als zusätzliche Fläche ins Spiel. Zwar wird von Godorfgegnern betont, dass man Niehl nicht ausbauen, sondern nur besser nutzen muss, doch ein Auenschützer, der in Niehl wohnt, kann schnell in die Zwickmühle geraten: Die Auen in Sürth gerettet, aber mehr Verkehr vor der eigenen Haustür im Kölner Norden! - Und auch die Lage im Deutzer Hafen ist nicht unkompliziert, hier wollen manche auch keine Flächen an Godorf abgeben, soll der Hafen auf der Schäl Sick doch eher verkleinert werden, zugunsten von: Wohnen und Büros am Wasser, ein "Rheinauhafen Zwo" - wenn auch nicht ganz so teuer.

**Erstes Fazit** - Alles verworren und niemand weiß Bescheid! Doch bislang gibt es einen Beschluss zum Ausbau, argumentativ untermauert von Verwaltung und der HGK - Profis mit viel Kapital und Manpower, da haben es die Gegner ungleich schwerer. Dennoch konnten Naturschützer mit eigenen Untersuchungen und weiteren Gutachten in der öffentlichen Diskussion punkten. Und so lange das Fehlen von Kapazitäten in Godorf nicht nachgewiesen ist, und zudem (!) belegt ist, dass diese Kapazitäten nicht in anderen Kölner Häfen zur Verfügung gestellt werden können, sollte man nicht ohne wirkliche Not ein Naturschutzgebiet unwiederbringlich zerstören!

Um dies alles zu entwirren, forderte der Rat der Stadt Köln am 2. Februar 2010 ein regionales Logistikkonzept an - das haben wir aber bis heute nicht! In 2010 fehlten dafür Personal und Haushaltsmittel, nun ist man zwar an der Arbeit, aber solche Konzepte brauchen Zeit ...

**Die Bürgerbefragung** - Wir haben eine rot-grüne Koalition in Köln, die Partner sind in dieser Frage im Dissens, so wurde das Hafenproblem im Koalitionsvertrag ausgeklammert. Doch eine Entscheidung muss her, sagen nicht nur die Befürworter, auch die Grünen wollen den Streit vom Tisch haben. Schon in der Schauspieldebatte lagen sie mit der SPD nicht auf einer Linie, und so langsam würde man sich gerne auch den angenehmeren Seiten einer Koalition widmen. Im Januar 2011 überraschte die SPD ihren Koalitionspartner dann mit der "Bürgerbefragung". - Die gleiche SPD übrigens, die früher ein Bürgerbegehren zum Thema aus juristischen Gründen abgelehnt hatte. - Die Überraschung ist gelungen, doch nicht nur, dass die SPD zunächst ein für die Grünen viel zu hohes Quorum (Mindestbeteiligung) von 20 Prozent der BürgerInnen gefordert hatte, auch die Vorstellung, dass die Koalitionspartner in einem Wahlkampf um den Hafen als Gegner auftreten, ist nicht ohne Brisanz.

Es wurde viel vor und hinter den Kulissen verhandelt, und zu Anfang der Ratssitzung am 1. März 2011 sah es noch so aus, als würde es keine Befragung geben - doch am Ende stimmten die Grünen nach "Verhandlungserfolgen" der Befragung doch zu - zum Verdruss von Teilen der Grünen Basis!

### **Was ist nun heraus gekommen?**

Eine **Bürgerbefragung** ist kein **Bürgerbegehren**! Hier kann die Stadt die Modalitäten einfacher selbst gestalten. Da eine Befragung (**geplant für den 10. Juli 2011**) nicht gesetzlich bindend ist, schlug die SPD vor, dass der Rat sich freiwillig selbst verpflichtet, das Ergebnis zu akzeptieren. Dies sieht die CDU anders - sie zweifelt die Möglichkeit der Selbstverpflichtung an und lässt dies juristisch prüfen.

Das Quorum wurde auf zehn Prozent gesenkt. Hier kam die SPD den Grünen entgegen. FDP - und zunächst auch die Grünen - forderten jedoch null Prozent.

**Das heißt:** Der Hafen wird nun definitiv **NICHT** ausgebaut, wenn die Mehrheit und gleichzeitig mindestens zehn Prozent **ALLER** wahlberechtigten EinwohnerInnen bei der Befragung gegen einen Hafenausbau stimmen. Der Rat (und dann auch die Grünen) setzt sich jedoch **FÜR** den Ausbau ein, sollte die Mehrheit (und mindestens zehn Prozent) einen Hafenausbau wollen. Sollten weder Gegner noch Befürworter mindestens zehn Prozent hinter sich scharren können, bleibt alles beim Alten. Ferner rangen die Grünen dem OB Jürgen Roters ein Fairness-Versprechen ab: Als Chef der Verwaltung möge Roters darauf achten, dass HGK und Verwaltung sich aus dem Wahlkampf raushalten, da beide eindeutig für einen Hafenausbau sind.

**DEINE FREUNDE** und Die Linke konnten mit einem eigenen Änderungsantrag durchsetzen, dass bei der Befragung erstmals auch Nicht-EU-MigrantInnen ihre Meinung sagen dürfen. Die Reaktionen darauf sind zum Teil unverhohlen hämisch bis hin zu offen ausländerfeindlich - traurigerweise in allen Lagern. Da sich die Basis der Wahlberechtigten nun erhöht hat, müssen die Gegner nun statt circa 77.000 rund 90.000 Anhänger mobilisieren. Es wird also scheinbar schwieriger, da man Kölner EinwohnerInnen mit einem etwa türkischen Migrationshintergrund offensichtlich kein politisches Bewusstsein zutraut. Als Beleg dafür wird unter anderem die mangelnde Wahlbeteiligung an den Integrationsratswahlen angeführt. Aber vielleicht erkennt mancher doch den Unterschied zwischen

Integrationsfeigenblatt und echter, gleichberechtigter Teilhabe an den Geschicken der Stadt, in der wir gemeinsam leben? Und warum sollte ein in Godorf lebender Hafendarbeiter aus Ex-Jugoslawien, sich nicht mehr für die Abstimmung interessieren, als ein originär Bocklemünder, der nur sein Altpapier richtig trennt?

Hier müssen Ausbaueegner in ihrer Argumentation aufpassen. Eine Bürgerbefragung am liebsten so einzurichten (auch was die Höhe des Quorums angeht), dass mit größter Sicherheit eine Ablehnung des Hafensprojekts rauskommt, ist zwar verständlich, aber wirft Fragen der Akzeptanzbereitschaft anderer Meinungen und des Demokratieverständnisses auf.

Und nochmal: So groß müssen die Befürchtungen der Auenschützer auch nicht sein, sollte keine Seite die zehn Prozent erreichen, bleibt alles beim Alten. Sollte jedoch die eine oder andere Seite eine Entscheidung herbeiführen können, muss die unterlegene Partei dies akzeptieren können! Sonst könnten wir uns den Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung sparen.

In Berlin haben sich rund 650.000 (!) Bürger in einem Volksentscheid für die Offenlegung der "Berliner Wasserverträge" ausgesprochen, ein Thema noch abstrakter als "Hafen contra Aue", da sollten in Köln doch 90.000 Stimmen zu schaffen sein!

**Zweites Fazit** - "Mehr Demokratie e.V." setzt sich für ein Null-Prozent-Quorum bei Bürgerentscheiden ein, dafür hätte es im Rat jedoch nie eine Mehrheit gegeben. Und so sind zehn Prozent ein Kompromiss - ob gut oder schlecht, mag jeder für sich selbst beurteilen. Es ist im übrigen auch nicht so, dass die Demokratie lediglich "Mehrheiten" kennt, egal wie viele Wähler an Wahlen teilnehmen. In Parlamenten gibt es - mit guten Gründen - etwa bei Grundgesetzänderungen "qualifizierte" Mehrheiten, oder zur Beschlussfähigkeit wird eine Mindestanzahl von Anwesenden verlangt. Ein Problem bei Bürgerentscheiden ist sicherlich die Macht guter Kampagnen (dies trifft beide Seiten). Bei einer gewöhnlichen Parteienwahl wird der Wähler natürlich auch durch Medien oder Wahlwerbung beeinflusst, doch es gibt immer noch eine gewisse Grundbindung an ein politisches Milieu. Bei einer Sachentscheidung ist dies nicht immer gegeben, hier ist der Wähler in seiner Meinungsbildung stärker auf Informationen angewiesen, und somit leichter manipulierbar (spreche sich niemand davon frei!). Um zu unserem aktuellen Kölner Beispiel zurück zu kommen: Falls sich die hiesige Kölner Presse für einen Hafenausbau aussprechen würde, kann man heute froh sein, dass ein Quorum der Entscheidung eine gewisse Legitimität geben wird.

DEINE FREUNDE sind als Wählergruppe rein formal noch zu keiner Meinung pro oder contra Hafenausbau gekommen. Dies werden wir aber in den nächsten Wochen nachholen, und auf unserer Website ([www.deinefreunde.org](http://www.deinefreunde.org)) und in einer Broschüre der Stadt Köln kund tun. **Doch bereits heute gilt: Wählen gehen!**